17.10.2023
ZENTRUM

Evangelische Kirche und Jüdischer Landesverband: „Kundgebungen verbieten, die den Terror bejubeln“

Die Evangelische Kirche in Hessen und Nassau (EKHN) hat ihre Solidarität mit Jüdinnen und Juden sowie dem Staat Israel bekräftigt. Nach einem Spitzengespräch mit dem Landesverband der Jüdischen Gemeinden in Hessen fordern Kirche und Verband in einer gemeinsamen Erklärung vom Dienstag (17. Oktober), ein Verbot von Kundgebungen, „die die Taten des Terrors auf unseren Straßen bejubeln“. Beide wollen sich verstärkt denen entgegenstellen, „die versuchen, eine Täter-Opfer-Umkehr“ zu betreiben und Israel als den eigentlichen Aggressor darzustellen.

Terror auf Israel überschreitet zivilisatorische Grenze

„Wir solidarisieren uns mit den Opfern und ihren Angehörigen, wir beten für die entführten Geiseln und unterstützen Initiativen zu ihrer Befreiung“, heißt es in dem gemeinsamen Statement weiter. Evangelische Kirche und jüdischer Landesverband unterstützen zudem „die demokratischen Parteien und Akteure bei ihrem Bemühen, Israel zu helfen“. Die Terror-Angriffe der Hamas auf Bürgerinnen und Bürger in Israel von Anfang Oktober hätten eine „zivilisatorische Grenze“ überschritten. Der Ruhetag Sabbat und das Freudenfest „Simchat Torah“ (Freude an der Torah) seien dabei „erbarmungslos ausgenutzt“ worden.

Regelmäßige Spitzentreffen von Kirche und Jüdischem Landesverband

An dem Treffen nahmen unter anderem Hessen-Nassaus Kirchenpräsident Volker Jung und die Stellvertretende Kirchenpräsidentin Ulrike Scherf sowie der Vorsitzende des Landesverbandes Jacob Gutmark und dessen Direktor Daniel Neumann teil. Der Landesverband der Jüdischen Gemeinden in Hessen und die hessen-nassauische Kirche treffen sich seit 2018 regelmäßig zum Austausch. Der Landesverband ist ebenso wie die EKHN als „Körperschaft des öffentlichen Rechts“ anerkannt. Der Verband vertritt die religiösen, wirtschaftlichen und rechtlichen Interessen der Jüdischen Gemeinden in Hessen mit ihren rund 5000 Mitgliedern gegenüber der Landesregierung, Behörden und der Öffentlichkeit. Zur EKHN gehören über 1000 Gemeinden mit etwa 1,4 Millionen Mitgliedern.

Wortlaut

Gemeinsames Statement aus Anlass des Spitzengesprächs
des Landesverbandes der Jüdischen Gemeinden Hessen und der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau

Wir verurteilen gemeinsam die furchtbaren Terror-Angriffe der Hamas auf Bürgerinnen und Bürger in Israel vor wenigen Tagen. Dieser Überfall ist das schlimmste Ereignis seit der Shoah in Europa. Eine zivilisatorische Grenze wurde überschritten. Die Situation des Ruhetags am Schabbat und das am gleichen Tag stattfindende Freudenfest an Simchat Torah („Freude an der Torah“) wurden erbarmungslos ausgenutzt.

Wir stehen fest an der Seite Israels. Wir solidarisieren uns mit den Opfern und ihren Angehörigen, wir beten für die entführten Geiseln und unterstützen Initiativen zu ihrer Befreiung.

Wir denken an alle, die hierzulande Angst haben und um Angehörige und Freunde in Israel bangen. Wir stellen uns entschlossen all denen entgegen, die versuchen, eine Täter-Opfer-Umkehr zu betreiben und Israel als den eigentlichen Aggressor darzustellen. Wir verurteilen alle, die die Taten

des Terrors auf unseren Straßen bejubeln. Wir fordern, dass diese Art öffentlicher Kundgebungen „Kundgebungen verbieten, die den Terror bejubeln“ verboten werden.

Wir dürfen nicht zulassen, dass diese Ereignisse die gute Arbeit der verschiedenen Organisationen und Partner in Israel und Deutschland zunichtemachen, die auf Verständigung und eine konstruktive Lösung der komplexen Lage im Heiligen Land hinarbeiten. Wir unterstützen die demokratischen Parteien und Akteure bei ihrem Bemühen, Israel zu helfen. Wir werden die vertrauensvolle und konstruktive Zusammenarbeit des Landesverbandes der Jüdischen Gemeinden und der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau weiter vertiefen und ausbauen.

© 2023 - Zentrum Gesellschaftliche Verantwortung der EKHN